



Anfrage/Antrag	

Betreff:

Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung von E-Ladestationen in allen Ortsteilen

Problem und Ziel:

Nach einem sehr verhaltenen Anlauf der E-Mobilität steigen dank großzügiger Subventionierung, Weiterentwicklung der Technik und Verfügbarkeit verschiedener Modelle die Zulassungszahlen von Elektrofahrzeugen und PlugIn-Hybriden merklich an. Bis zum Jahr 2030 sollen in Deutschland 7 bis 8 Millionen Fahrzeuge mit E-Antrieb zugelassen sein, um die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen.

Die Verfügbarkeit öffentlich zugänglicher Lademöglichkeiten ist ein entscheidender Faktor, um dieses Ziel erreichen zu können. Derzeit zeigt sich gerade die fehlenden Lademöglichkeiten als ein Faktor, der die politisch gewünschte Entwicklung bremst.

In Amöneburg ist eine öffentliche Lademöglichkeit am Rathaus vorhanden. Ziel muss es sein auch in unserem Stadtgebiet die öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur merklich zu verbessern.

Lösung

In einem ersten Schritt wird in allen Ortsteilen Amöneburgs mindestens eine öffentlich zugängliche ELadestation bis Ende 2021 realisiert. Das bedeutet nicht, dass dies alles Ladestationen im öffentlichen Raum sein müssen. Diese können beispielsweise auch bei Verbrauchermärkten, an Sportanlagen, Vereinsgebäuden oder auf privaten Flächen, die frei zugänglich sind und eine ungehinderte Ladung ermöglichen, realisiert werden.

Befristung

Umsetzung bis Ende 2021

Externer Erfüllungsaufwand

notwendig

Alternativen

keine

Finanzielle Auswirkungen

	Ergebnis
--	-----------------

	Aufwand	Ertrag
Einmalig im Haushaltsjahr	Zu ermitteln	
Einmalig in künftigen Haushaltsjahren		
laufend ab Haushaltsjahr		
Auswirkungen auf die Vermögensrechnung	keine	
Auswirkung auf die mehrjährige Finanzplanung		
Amortisation		
Personelle Auswirkungen	keine	
Prüfung der Verfügbarkeit von Fördermitteln	notwendig	
Beantragung von Fördermitteln	Notwendig	
Prüfung der Klimaverträglichkeit und Alternativen	Unterstützt den Einsatz klimafreundlicher E-Fahrzeuge	

Antrag / Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat die notwendigen Schritte zu unternehmen, um in allen Stadtteilen mindestens eine öffentlich zugängliche E-Ladestation bis Ende 2021 zu realisieren.

Für die CDU Fraktion



Jan-Gernot Wichert